

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



November/Dezember 2020 - Nr. 11/12

Aktuell – informativ – kritisch



Frohe Weihnachten

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**100 Jahre Kärntner
Volksabstimmung**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik:
Bergkarabach**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 8



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarter

Liebe Kameraden!

Ich hätte mir gewünscht, den Weihnachtsbrief unter anderen Umständen schreiben zu dürfen. Es ist aber so, dass die zweite Welle der Pandemie unser Land mit voller Wucht erfasst hat und uns wiederum Einschränkungen abverlangt.

Die Lage ist durchaus ernst, vor allem, wenn ich mir die verfügbaren Kapazitäten in den Kliniken ansehe. Ein Gegensteuern durch die Regierung war erforderlich, wenngleich dieses erst spät erfolgt ist. Für uns bedeuten die neuen Maßnahmen mit Ausgangssperre und Zwangsschließungen zahlreiche persönliche Einschnitte.

In wirtschaftlicher Hinsicht wird dieses Maßnahmenpaket leider dazu führen, dass zahlreiche Unternehmen Arbeitsplätze werden abbauen müssen. Die wirtschaftliche und damit die soziale Lage wird sich daher deutlich eintrüben. Für uns Kameraden bedeutet die nun entstandene Lage, dass wir uns – wie ich es von Kameraden voraussetze – diszipliniert verhalten und unsere Mitmenschen bestmöglich schützen. Der Appell der Bundesregierung zur Reduzierung von Kontakten ist einzuhalten, bedeutet aber nicht, dass es gar keine Möglichkeiten der Kontaktnahme mehr gibt: es bleibt

das Gespräch beim Spazieren mit Sicherheitsabständen, es bleibt die Kontaktnahme über den Gartenzaun, es gibt Telefone oder auch Möglichkeiten virtuell Kontakt zu halten.

Ich habe in den letzten Wochen gesehen, wie sehr sich zahlreiche Kameradschaften bemüht haben, aus den gegebenen Umständen das Beste zu machen. Unter Einhaltung der Vorgaben fanden Jahreshauptversammlungen unter freiem Himmel statt, Besuche im kleinsten Kreis wurden durchgeführt und in größerer Anzahl fanden auch die traditionellen Gedenkmessen und Kranzniederlegungen statt. Damit wurde Normalität gewahrt, es wurde damit auch gezeigt, dass wir nicht willens sind, unser Leben gänzlich aus der Bahn werfen zu lassen und dass wir den Mut haben, zumindest das Mögliche zu versuchen. Für mich fordert diese Krise gerade diejenigen Tugenden, die mit uns als Kameraden verbunden werden: Disziplin und Mut habe ich bereits genannt, dazu kommen noch Rücksichtnahme und Zuversicht. Seien wir zuversichtlich und gehen wir mit dieser Haltung ins Jahr 2021. Vieles spricht inzwischen dafür, dass sich das sprichwörtliche „Licht am Ende des Tunnels“ zeigt. Ich freue mich jedenfalls auf das kommende Jahr 2021 und ich hoffe, dass wir in diesem Jahr nach einer Normalisierung viele Veranstaltungen durchführen können. Euch und Euren Familien wünsche ich ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest 2020. Dieses Jahr hat uns aufgezeigt, wie schnell aus Normalität Krise werden kann. Dies sollten wir für unser künftiges Handeln, aber auch für die Ausrichtung der Österreichischen Sicherheitspolitik bedenken.

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarter
Präsident

Wo man mit Blut die Grenze schrieb

100 Jahre Kärntner Abwehrkampf-100 Jahre Volksabstimmung

Es waren dramatische Tage im Spätherbst des Jahres 1918: Die sich auflösenden Verbände der k.u.k. Armee versuchten ab Ende Oktober, von Oberitalien aus, vielfach auf eigene Faust ihre jeweiligen Heimatländer zu erreichen.

Dies glich streckenweise eher einer ungeordneten Völkerwanderung, denn einem geordneten Rückzug. Bereits am 25. Oktober 1918 hatte der Kärntner Landesausschuss Kärnten für „unteilbar“ erklärt. Diese Erklärung stand im Gegensatz zur Absicht der Slowenen.

Am 29. Oktober 1918 wurde in Marburg der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS) ausgerufen, in dessen Territorium auch die slowenisch besiedelten Gebiete eingebracht werden sollten.

Am 5. November 1918 rückten Verbände des SHS Staates im südlichen Kärnten ein und besetzten Gebiete südlich von Gail und Drau. Kärnten erklärte am 11. November 1918 in seiner Landesverfassung den Beitritt zur Republik Deutschösterreich „zu gleichen Rechten und gleichen Pflichten wie die übrigen zum Staate Deutschösterreich vereinigten Länder“ und brachte damit die Erwartung zum Ausdruck, dass sich der junge Staat seiner Schutzfunktion für Kärnten bewusst sein möge.

Zunächst wurde im Ferlacher Abkommen vom 19. November 1918 eine Demarkationslinie auf der Höhe von Bleiburg und entlang von Drau, Gail und Feistritz festgelegt, die jedoch bereits am 26. November 1918 von den SHS-Verbänden überschritten

wurde, die Ferlach, Lavamünd und St. Paul im Lavanttal besetzten. Gefordert wurde von Seite der Südslawen, dass ganz Kärnten als Teil Sloweniens zum SHS-Staat kommen sollte, oder zumindest jener Teil bis Klagenfurt und Villach.

Dies führte zum Beschluss der Kärntner Landesregierung unter Landesverweser Arthur Lemisch vom 5. Dezember 1918 zur Aufnahme des bewaffneten Widerstandes gegen diese Okkupation. Zwar musste die Bundesregierung einen Abwehrkampf offiziell ablehnen, materielle Unterstützung und Entsendung von Freiwilligenverbänden erfolgten gleichwohl.

Zum Motor des beginnenden Abwehrkampfes wurden u.a. Oberstleutnant Ludwig Hülgerth, der militärischer Landesbefehlshaber war und der hochdekorierte Frontoffizier Oberleutnant Hans Steinacher.

Der Abwehrkampf beginnt

Am 14. Dezember 1918 begann der bewaffnete Kampf mit der Abwehr eines Vorstoßes der SHS-Verbände auf Klagenfurt bei Grafenstein. Bis Ende des Jahres 1918 konnte das besetzte Lavanttal befreit werden, am 3. Jänner 1919 konnte ein Großangriff entlang der Drau abgewehrt werden, am 5. Jänner 1919 wurde Arnoldstein zurückerobert und am 8. Jänner Ferlach befreit.

Am 14. Jänner wurde die erste Phase der Kämpfe durch einen Waffenstillstand abgeschlossen. In diesem Monat begannen in Versailles die Verhandlungen der Siegermächte des I. Weltkrieges

über die Nachkriegsordnung und die Friedensverträge mit den vormaligen Kriegsgegnern. Dabei wurden die verschiedenen Vorstellungen präsentiert.

Die Südslawen forderten, eine bei Leibnitz beginnende Grenze, die nördlich an Klagenfurt und Villach vorbei führen sollte und bei Pontebba auf die alte Reichsgrenze stoßen würde. Wohl durch die Abwehrkämpfe aufmerksam geworden und zur Abklärung der Fakten, entsandten die USA eine Kommission unter Führung des Harvardprofessors Archibald Cary Coolidge unter Mitwirkung von Oberstleutnant Sherman Miles.

Die Kommission empfahl nach gründlicher Prüfung der örtlichen Verhältnisse die Belassung des gesamten Klagenfurter Beckens trotz eines größeren slowenischen Bevölkerungsanteils bei Österreich. Die Kommission hielt fest, dass die Losung „Kärnten frei und ungeteilt“ auch von den ansässigen Slowenen im österreichischen Sinn verstanden würde.

Diplomatie und neue Kämpfe

US-Präsident Woodrow Wilson bekundete, sich an die Empfehlung der Kommission halten zu wollen. Das für die SHS-Seite unerwünschte Ergebnis der Kommission führte nun einerseits zu gesteigerten diplomatischen Aktivitäten in Versailles, um den US-Präsidenten doch noch umzustimmen, andererseits wurde wieder die militärische Karte gezogen, um ein fait accompli zu schaffen.

Am 29. April 1919 begann ein neuer Großangriff des SHS-Staates. Die Kämpfe nahmen den Charakter eines richtigen Krieges an, der nun auch die Regierung in Wien zur Aufgabe ihrer Zurückhaltung und zur Entsendung von Volkswehrverbänden (Vorgängerorganisation des I. Bundesheeres) brachte. Im Gegenangriff konnten Bleiburg und Eisenkappel

zurückerobert werden, Kärntner Verbände drangen am 7. Mai 1919 sogar bis Windischgraz in die Untersteiermark vor, zogen sich jedoch auf Anordnung der Bundesregierung am 9. Mai wieder an die Kärntner Grenze zurück.

Am 28. Mai 1919 überschritten reguläre Verbände des SHS-Staates unter General Rudolf Majster mit fünffacher zahlenmäßiger Überlegenheit die Grenze und warfen die Kärntner Verbände zurück.

Am 6. Juni besetzten sie Klagenfurt, das allerdings über Aufforderung des Obersten Alliierten Rates wieder geräumt werden musste. Der abermals verfügte Waffenstillstand wurde durch einmarschierte italienische Truppen gesichert.

Der Abwehrkampf hatte bis zu diesem Zeitpunkt allein auf Kärntner Seite mehr als 200 Tote und 800 Verwundete gefordert. Als sich abzeichnete, dass die „Großen Vier“ (USA, Frankreich Großbritannien, Italien) in Versailles sich mit der Idee einer Volksabstimmung im strittigen Gebiet anzufreunden begannen, versuchten die SHS-Vertreter dies durch Reduzierung ihrer territorialen Forderungen zu unterlaufen.

Volksabstimmung als Lösung

Der Slowenische Vertreter Ivan Zolger versuchte die Territorialkommission zu überzeugen, wurde aber von Präsident Wilson nicht einmal angehört.

Vielmehr mahnte dieser „unsere jugoslawischen Freunde“, dass es noch keineswegs ausgemacht wäre, dass die Slowenen nicht doch noch als Feinde von gestern behandelt würden.

Das wirkte: Am 25. Juni fiel die Entscheidung ein Plebiszit durchzuführen, wodurch sich auch die Konfliktsituation in Versailles, die zwischen Frankreich (Pro SHS-Staat) und Italien (Pro Österreich) entstanden war, auflöste. Im

Friedensvertrag, der am 10. September 1919 durch Kanzler Karl Renner unterschrieben wurde, war die Festlegung einer Abstimmung enthalten, die in zwei Abstimmungsgebieten (A/B) erfolgen sollte.

Nach der erfolgten Ratifizierung dieses Vertrages durch die Siegermächte wurde am 16. Juli 1920 der 10. Oktober als Abstimmungstag festgelegt. Störmanöver und Einschüchterung standen in der slowenisch besetzten Abstimmungszone A auf der Tagesordnung.

Der britische Vorsitzende der Plebiszitkommission Sir Capel Peck hielt General Majster für den „größten Störenfried“ und auch die Italiener bezeichneten diesen

als „bekannten Terroristen“. Während in der Bevölkerung der Abstimmungszone A der Optimismus ab dem Sommer zunahm, sah der italienische Vertreter, Fürst Livio Borgheese, die Deutschkärntner chancenlos und auch in Wien herrschte eine skeptische Beurteilung vor.

Das Abstimmungsergebnis am 10. Oktober 1920 war dann eindeutig: Rund 60 Prozent der Bevölkerung hatten sich in der Abstimmungszone A (in der Zone B unterblieb somit eine Abstimmung) für den Verbleib bei Österreich ausgesprochen. Vor allem die slowenischen Bauern zeichneten für dieses Ergebnis mitverantwortlich, industriell geprägte Orte um Klagenfurt und auch Ferlach hatten für Jugoslawien gestimmt. Somit hatte der Kärntner Abwehrkampf sein Ziel erreicht, „Kärnten frei und ungeteilt“ zu erhalten. Auch wenn militärisch der Übermacht nachgegeben werden musste, so schufen die Kämpfe wohl die Voraussetzung für Verhandlungen und die Volksabstimmung.

Und letztlich traf Präsident Wilson die Entscheidung, der wenigstens in diesem Fall dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zum Durchbruch verhalf.



10. Oktober 1920



Volksabstimmung



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Der Abend des 2. November 2020 hat ganz Österreich erschüttert. Die Wiener Innenstadt wurde zum Schauplatz eines islamistisch motivierten Anschlages eines Terroristen mit albanischen Wurzeln. Zwar handelte es sich nicht um das erste Gewaltverbrechen dieser Art – ich erinnere an die Messerattacke auf einen Soldaten vor der iranischen Botschaft in Wien

im März 2018 oder an die Amokfahrt in Graz im Juni 2015 – aber es war doch eine in Österreich bisher nicht aufgetretene „Qualität“. Ein wahllos mit einem Sturmgewehr um sich schießender Attentäter, dem vier Menschen zum Opfer fielen und von dem 22 weitere zum Teil schwer verwundet wurden. Mit einem Schlag glich die Wiener Innenstadt einem Kriegsschauplatz, Polizei und Bundesheer gewährleisteten in der ersten Phase die größtmögliche Sicherheit.

Den Hut ziehe ich vor den Leistungen der Polizei, die es in kürzester Zeit geschafft hat, den Täter auszuschalten, eine Leistung die auch international herzeigbar ist. Damit wurden Forderungen einer Spitzenkandidatin aus dem Wiener Gemeinderatswahlkampf ad absurdum geführt, die eine Entwaffnung der Polizei „völlig normal“ fand. Manchmal ist die Realität halt wirklich schonungslos und entlarvt so manches Geschwätz. Plötzlich wur-

de auch das Jagdkommando in Wien benötigt, das mitten aus einer Übung heraus mit Black Hawk Hubschraubern eingeflogen wurde. Und plötzlich waren – die vielstrapazierte „Panzer Schlacht im Marchfeld“ hin oder her – auch Radpanzer des Bundesheeres gefragt, um Sicherheit für unsere Bürger zu schaffen. „Schutz und Hilfe leisten, wo andere nicht mehr können“, ist die Aufgabe des Heeres und es hat auch dieses Mal seinen Beitrag geleistet!

Ich will kein Unglücksprophet sein, aber gerade das nun zu Ende gehende Jahr hat uns gezeigt, in wie kurzer Zeit enorme Herausforderungen für unsere Gesellschaft entstehen können, die ohne staatliche Handlungsreserve nicht mehr bewältigbar sind. Dabei handelt es sich bei Pandemie und Terroranschlag „nur“ um Herausforderungen am untersten Ende der Skala. Verschärfungen der Lage, etwa durch einen Blackout oder einen dadurch herbeige-

fürten staatlichen Kontrollverlust über Teile des Staatsgebietes, sind nicht undenkbar, sondern vielmehr wahrscheinlich.

Damit fühle ich mich in meinen bisherigen Feststellungen (leider) mehr als bestätigt, dass es Aufgabe unserer Regierenden ist, diesbezüglich Vorsorge zu treffen. Nicht irgendwann, nicht irgendwie, sondern zielgerichtet und rechtzeitig. Ich bin Optimist und gehe daher davon aus, dass der Weckruf des Jahres 2020 gehört wurde und dass daraus sicherheitspolitisch die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Das haben sich Österreich und seine Bevölkerung verdient, heute und im kommenden Jahr 2021! Euch wünsche ich Gesundheit und ein Frohes Weihnachtsfest im Kreis der Lieben!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Mit dem politischen Islam beschäftigen ...

Nach dem Terroranschlag in Wien verfielen Teile des Milieus nach anfänglicher Schockstarre sofort wieder in die üblichen Deutungsmuster. Ein Artikel von Nina Scholz im Standard vom 7.11. findet dazu deutliche Worte: „(...) Ausgehend von der Frage, was einen jungen Mann zu solchen Taten treibt, folgen alsbald die gängigen Erklärungsmuster: Diskriminierung durch die „Mehrheitsgesellschaft“, Perspektivlosigkeit, soziale Deklassierung. (...)“

Diese Analysen sind unbefriedigend und nicht plausibel, weil sie einige Fakten außer Acht lassen. Es würde sich zunächst die Frage stellen, warum ausschließlich Muslime Diskriminierung durch die übrige Gesellschaft, (...) mit terroristischer Gewalt beantworten. Zudem trifft der Terror

nicht nur den Westen. Er ereignet sich auch und vor allem in Ländern, in denen diejenigen, die zu Fanatikern wurden, weder in der Minderheit noch Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt waren.

In Kabul, Bagdad, Aleppo, Istanbul oder Kairo zielt er in erster Linie auf Teile der Bevölkerung, auf die dortigen „Ungläubigen“: Christen, Jesiden, Aleviten und alle Muslime, die ihren Glauben anders verstehen und praktizieren als die Gotteskrieger. Und schließlich wissen wir schon seit den 9/11-Anschlägen, dass Gewaltbereitschaft und Terrorismus sich durchaus mit guter Ausbildung und privilegierter Stellung vertragen. Die genannten Punkte können den Terror islamischer Fundamentalisten also nicht hinreichend erklären (...). Es ist die Ideologie des fundamentalistischen, politisch aufgefassten Islam, die Menschen zu Attacken wie der

in Wien (...) antreibt, die Überzeugung, für eine durch und durch gerechte Sache zu kämpfen. Die Kraft der Idee, in diesem Fall der politisch-religiösen Überzeugung, wird systematisch unterschätzt (...). Ein Blick auf die Geschichte wäre hier durchaus hilfreich. Eine Geschichte, die voller Beispiele für den Tatendrang und die ideologische Verblendung ist.

Wir brauchen uns nur den Nationalsozialismus (...) vor Augen zu führen (...). Zum Fanatismus der Kommunisten gehörte, (...) den Gulag als historische Notwendigkeit zu rechtfertigen. Anhänger dieser Ideologien waren überzeugt, (...) für eine Sache zu kämpfen, die (...) der ganzen Welt zum Heil gereichen sollte. Nichts anderes tun islamische Fundamentalisten weltweit, wenn sie Anschläge gegen die „Ungläubigen“ verüben, Nach fast 20

Jahren islamistischen Terrors in Europa ist es an der Zeit, den Blick nicht mehr nur auf den Jihadismus zu richten, sondern die dahinterstehende Ideologie eines politischen Islamverständnisses zu diskutieren und sie genauso ernst zu nehmen wie andere totalitäre Ideologien auch. (...)

Wir sollten uns verstärkt mit der Ideologie des politischen Islam beschäftigen, mit dem, was in Moscheen mancher der großen Verbände gepredigt wird. Es ist (...) oft viel zu nah an den ideologischen Grundannahmen der Terroristen.“ – Soweit der beachtenswerte Artikel des Standard.





Besinnliche Weihnachtstage- hoffentlich!

OO tempora o mores, oh Zeiten, oh Sitten! Man muss nicht Cicero gelesen haben, Asterix genügt. Das Lachen vergeht einem dennoch.

„Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben. Ich kann Euch für den Christbaum – wenn Ihr überhaupt einen habt – keine Kerzen geben. Kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben Nichts: Ich kann Euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!“

22 Sekunden hat diese Weihnachtsansprache des österreichischen Bundeskanzlers Leopold Figl im Jahr 1945 gedauert. Dennoch: Die 22 Sekunden-Ansprache verfehlte ihre Wirkung nicht. Es galt, gemeinsam Anzupacken. Hausverstand, Eigenverantwortung und das Engagement am Fortkommen des Gemeinwohls in Nachbarschaft, der Gemeinde oder gar der Region brauchte kaum normative Regelungen. Solidarität wurde zur Selbstverständlichkeit und zum Garant eines großartigen Aufstiegs unserer Heimat. Damals – als die Verantwortlichen der Politik sich um mehr zu kümmern hatten, als ihre Sessel (samt Privilegien) in Volksvertretung und Regierung zu erhalten. Schließlich ging es um Gemeinwohl und Wiederherstellung der Souveränität Österreichs.

Und heute?

Das Land liegt nicht in Trümmern. Im Gegenteil, es zählt zu den reicheren Mitgliedern der Staatengemeinschaft des Kontinents. In kaufkraftbereinigten Statistiken liegen wir im vordersten Drittel aller Staaten der Welt. Es scheint uns ganz gut zu gehen, auch wenn es da und dort Luft nach oben gibt. Etwa in Fragen der Sicherheit der Bürger – in der Krise wird es sichtbar.

So in Fragen der sicherheitspolizeilichen Assistenzleistung unserer Armee im Frühjahr dieses Jahres, auf deren Bilanz und die notwendigen Korrekturen unserer Heeresorganisation wir heute noch warten. Nach wie vor gibt es dringenden Handlungsbedarf in der

Herstellung der Verfassungskonformität, die ein österreichischer Bundeskanzler nun schon zweimal verkündet hat. Und das ist nicht nur eine Frage der Finanzen. Schließlich sollte Solidarität nicht nur vom Volk gefordert, nicht bloß auf Freiwilligkeit der Bürger beruhen (Anm.: da sieht's wenn's um das Tun geht, nicht rosig aus), sondern für Regierung und Regierte Handlungsimperativ sein!

Corona- ein „neuer Feind“?

Zu Beginn dieses Kalenderjahres präsentierte die Sicherheitspolitische Direktion des Bundesministeriums für Landesverteidigung aktuelle Bedrohungen und deren Eintrittswahrscheinlichkeiten für unsere Republik. Unter mehrere hundert Besucher reihten sich auch zahlreiche Verantwortliche aus Politik und Verwaltung ein. Als manche Besucher über den Wortwitz einer Pandemie-Expertin immer noch lächelten – die Dame hatte in ihrem Vortrag gemeint, dass man in Forscherkreisen es lieber mit einem erregten Bekannten denn mit einem unbekannten Erreger zu tun hätte – ist vielen Funktionsträgern in Verwaltung und Politik das Lächeln eingefroren. Denn alsbald war sie da – die Richtigkeit einer seit Jahren bestehenden Prognose und die Pandemie. Allein vorbereitete Maßnahmen fehlten, um einer solchen mit mehr als Planungspapieren und Kanzleipapier zu begegnen.

Inszenierung statt politischer Gestaltung?

Zum Zeitpunkt der Erstellung meines Kommentars rangiert Österreich im internationalen Vergleich weiter an der Spitze der Infektionswerte (Stand: 27. November). Nur einige Kleinstaaten wie Andorra oder Luxemburg haben eine noch höhere 7-Tages-Inzidenz. Und die Aussage des Regierungs-

chefs, dass bald einmal jeder Österreicher in seinem Freundes- und Bekanntenkreis einen pandemiebedingten Todesfall beklagen wird müssen, wurde als Panikmache abgetan. Mittlerweile ist sie traurige Wirklichkeit. Wie ist das möglich?

Gleich mehrere Pressekonferenzen eines ganzen Regierungsquartetts pro Woche können nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Angelegenheiten einer umfassenden Sicherheitsvorsorge (die ULV ist nach wie vor Verfassungsgebot) nicht nur „im Staate Dänemark etwas faul“ sein dürfte. Wird einmal mehr – wie es kritische Beobachter feststellen – fehlende Planung und Vorbereitungen durch Inszenierung ersetzt?

Wenn zur allgemeinen Überraschung aller Beteiligten der Bundeskanzler erklärt, dass das Bundesheer die Organisation einer Massentestung übernehmen werde, setzt eine dreiwöchige „Schockstarre“ ein. Offenbar gibt es mehr als Unklarheiten über Kompetenzen in Regierung und Ämtern der Landesregierungen, was auf grob fahrlässige Wahrnehmung in Sachen Krisenvorsorge hindeutet. In „seligeren“ Zeiten gab es die ULV mit Regelungen bis hin zur Bezirksverwaltungsebene.

Ein Beispiel: Die ersatzlose Abschaffung von drei Sanitätsregimentern im Jahre 2012 – mit einer Spitalsbettenkapazität für 6.000 Patienten. Regimenter, die personell mit Soldaten des Milizstandes und dem entsprechenden Gerät voll ausgestattet waren. Freilich keine 6.000 Betten auf Intensivstationen, aber allemal so viele, wie derzeit von Covid-Patienten beansprucht werden, die Gottlob keine intensivmedizinische Versorgung benötigen.

Der Rechnungshof hatte Jahre davor das Sanitätswesen des Heeres überprüft und befunden, dass im Vergleich zu

zivilen Krankenhäusern die Heereseinrichtungen ineffizient wären. Absurd, wenn man bedenkt, dass diese Spitalsbetten im Katastrophen- und Mobilmachungsfall eine wesentliche Entlastung der bestehenden zivilen Versorgung hätten sein sollen. Der damalige Verteidigungsminister, ein ehemaliger Wehrdienstverweigerer, beeilte sich mit dem Abschaffen. Einmal mehr wurde Vorsorge und Milizprinzip nicht verstanden. Dass sich bis heute hier Wesentliches geändert hat, darf bezweifelt werden.

Jede Krise bietet Chance für einen Anfang – und sei es „nur“ Erleuchtung

Mag sein, dass der Solidaritätsgedanke in unserer Gesellschaft, wie er in der Aufbauphase der 2. Republik bei Bürgern und deren Repräsentanten bemerkbar war, durch tendenzielle Singularisierung schwer erschüttert wurde. Im Wohlfahrtsstaat lebt es sich im Ego-Trip leichter, gar erst, wenn sich das öffentliche Füllhorn über eine Spaßgesellschaft ergießt. Ein „Soziotop“, aus der sich auch künftige Volksvertreter und Regierende rekrutieren. Wen wundert es, dass Gedanken an Solidarität und Sicherheitsvorsorge auf der Strecke bleiben.

Bleibt zu hoffen, dass die von manchen bereits als „die traurigsten Weihnachten“ ausgerufene „Stille Zeit“ zum Nachdenken über den Staat, gemeinsame Verantwortung, Solidarität und Sicherheitsvorsorge genutzt wird. Die politische Führung des Staates sollte davon nicht ausgenommen sein und sich einer getreulichen Vollziehung der verfassungsgesetzlichen Bestimmungen besinnen!

Besinnliche Weihnachtstage wünscht Ihr
Manfred Gänsdorfer, Bgdr i.R.
Präsident der OG Burgenland



Brennpunkte der Weltpolitik: Bergkarabach: Die brutale Zukunft des Krieges



Am 27. September 2020 war ein neuerlicher Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Bergkarabach ausgebrochen, der am 9. November 2020 durch ein Waffenstillstandsabkommen beendet wurde.

Die Niederlage der armenischen Seite ist ebenso überraschend, wie offensichtlich. Erwiesen sich die Soldaten Armeniens in den bisherigen Runden dieser Auseinandersetzung im Kampf, trotz teilweise veralteter Ausrüstung, den aserischen Kämpfern deutlich überlegen, so traf dies auf den jüngsten Waffengang nicht mehr zu.

Bereits die ersten Bilder, die nach Angriffsbeginn durchdrangen, zeigten explodierende Panzer, brennende Kampffahrzeuge und zerschlagene Nachschubtransporte der armenischen Seite. Die armenischen Verluste sollen sich bis zum 22. Oktober bereits u.a. auf 144 Kampfpanzer T-72, 35 BMP-Schützenpanzer, 310 ungepanzerte Fahrzeuge, 49 122mm und 152mm Geschütze, 12 Panzerhaubitzen, 52 Grad-Rakwerfer und noch verschiedenes anderes Gerät belaufen haben.

In Summe betrug der Verlust fünf mechanisierte Bataillone und sieben Artilleriebataillone. Auch die Anzahl der gefallenen Soldaten auf armenischer Seite dürfte sich in Summe auf mehrere Tausend belaufen. Die Aserbaidschaner hatten zum selben Zeitpunkt den Verlust von 20 T-72 und 2 T-90 sowie von 17 BMP zu beklagen. Wie die Auswertung der Gefechte zeigt, hatte die aserische Seite von Anfang an die Initiative, die armenische Seite kam über wenige, kaum koordinierte Einzelschläge nicht hinaus. Der einzige

armenische, mit einem Flugzeug vorgetragene Luftangriff, endete mit dem Verlust der Su-25 unter ungeklärten Umständen.

Überlegenheit durch Drohneneinsatz

Wer nun allerdings der Auffassung anhängen sollte, dass dieser Krieg von Aserbaidschan in klassischer Form, unter Einsatz von Soldaten, Panzern, Artillerie etc., gewonnen worden sei, der irrt! Das zu Tage getretene Kriegsbild entspricht viel mehr den jüngsten Auseinandersetzungen in Libyen, im Irak und in Syrien: Die Schlüsselrolle kam auf aserischer Seite dem Einsatz von Drohnen zu.

Aserbaidschan hatte in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Aufrüstung auf diesem Sektor unternommen, dem die armenische Seite nichts Adäquates entgegensetzen konnte. Die Vorteile, die Drohnen in solchen Konflikten bieten, liegen auf der Hand: sie sind relativ günstig zu erwerben, Steuerung und Zielsuche sind kaum schwieriger als ein Computerspiel, Ortung und Bekämpfung sind aufwendig, das Leben von Piloten wird nicht gefährdet, die Waffensysteme sind äußerst präzise und nicht zuletzt verfügen Drohnen über eine lange Verweildauer im Einsatzraum.

Aserbaidschan kann aktuell über die in Israel beschafften bzw. in Zusammenarbeit mit israelischen Firmen hergestellten Drohnenmodelle „Harop“, „Orbiter 1K“ und „SkyStriker“ verfügen. Bei diesen handelt es sich um ein „Loitering Unmanned Aerial Vehicle“, also eine „Selbstmorddrohne“, die über einem Zielgebiet kreist, sich selbständig ein Ziel sucht und sich auf dieses stürzt. Dazu beschaffte Aserbaidschan auch Drohnen-Typen, die in mittlerer Höhe operieren („Medium Altitude High Endurance“-MALE) - das israelische Modell

„Hermes 900“ der Firma Elbit, ist vergleichbar mit der amerikanischen MQ-9 „Reaper“. Eine besondere Rolle dürfte auch die türkische Drohne TB2 („Bayraktar“-Fahnenträger) gespielt haben, die Selcuk Bayraktar, Schwiegersohn des türkischen Staatspräsidenten, in seinem Unternehmen Baykar Technologies fertig.

„Fahnenträger“ im Kaukasus

Diese Drohne hatte zuletzt in Libyen und Syrien ihre Effizienz erwiesen. Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn hatten türkische Verbände an Manövern in Aserbaidschan teilgenommen. Vermutlich erfolgten dabei die Einweisung in dieses System und vermutlich auch der Einkauf syrischer Söldner. Da Drohnen mit Kameras ausgestattet sind, lieferten diese der aserischen Seite auch die Bilder, um im Propagandakrieg erfolgreich zu sein. Gestützt auf die Öl- und Gasmilliarden hatte die aserbaidschanische Armee einen Modernisierungsschub vollzogen, während die Armenier mit veralteten Waffensystemen kämpften.

Aber auch moderne russische Flugabwehrsysteme waren der Drohnengefahr hilflos ausgeliefert. Der Erfolg Aserbaidschans hat aber auch mehrfache internationale Implikationen: Während kleine Staaten in Krisenregionen oder gar terroristische

Organisationen, unter Ausblendung von Kernfragen des humanitären Völkerrechtes, vorzeigen, wie in Zukunft Krieg geführt werden kann, verfügen viele europäische Armeen bis heute über keinen Schutz ihrer Soldaten gegen MALE-Systeme.

Daher könnten Konfliktparteien versucht sein, solche Systeme zu beschaffen, was nichts Gutes für den Europa umgebenden Krisenbogen verheißt. Zweitens werden Konfliktparteien versuchen, die Wirkung von Drohnen durch andere effizientere Waffensysteme auszugleichen, was direkt zu einer Eskalation von Kampfhandlungen führen kann. Und drittens sind mit der Lieferung von Drohnen auch Fragen der Machtpolitik angesprochen. Nicht nur Russland und die Türkei sind Antagonisten, auch Israel und der Iran. Aserbaidschan wird als nördlicher Nachbar wenig Interesse an der Fortführung des iranischen Atomprogramms haben. Als Gegenleistung für die Drohnenlieferung könnten aserische Luftbasen (die Angriffsdistanz würde sich von 3.000 km auf 600 km verringern!) Israel für einen möglichen Schlag gegen Irans Atomprogramm überlassen werden.

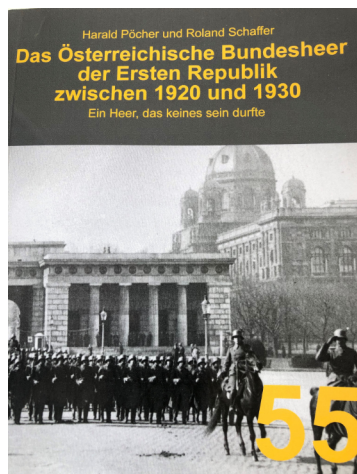
Der Krieg im Kaukasus hat somit in mehrfacher Hinsicht einen Blick in die brutale Zukunft der Kriegsführung eröffnet!

Abgeschlossen am 20.11.2020



Drohne TB2 „Bayraktar“

Das Österreichische Bundesheer der Ersten Republik zwischen 1920 und 1930. Ein Heer das keines sein durfte.



„Was dann zurückbleibt und Bundesheer heißt, ist ein sich für Paraden und Ausrückungen vorbereitender Verein, der in der Tradition der Vergangenheit lebt, sich Luftschlössern hingibt und die Öffentlichkeit über die traurige Wirklichkeit täuscht“, lautet eine vielzitierte kritische Stellungnahme Theodor Körners, des nachmaligen Bundes-

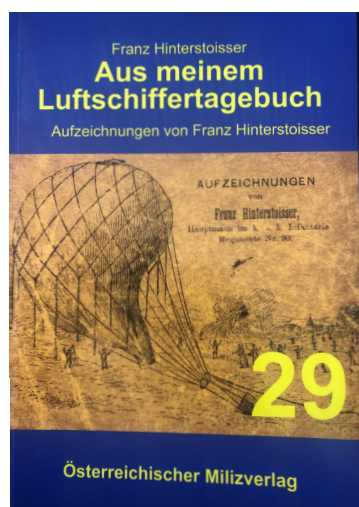
präsidenten, aus dem Jahr 1924. Das damit angesprochene Bundesheer der I. Republik hatte in der Tat mit zahlreichen Startschwierigkeiten zu kämpfen. Da waren zunächst einmal der Zusammenbruch der alten Ordnung und der holprige Neustart der Republik Deutsch-österreich im Jahr 1918. Dazu kamen die einschneidenden Bedingungen des Staatsvertrages von St. Germain, die das Bundesheer auf den Status einer Grenzschutz- und Ordnungstruppe reduzierten und – heute wie damals – budgetäre Engpässe und politische Hürden. Trotzdem wurde dieses Bundesheer, das nach den Vorgaben des Staatsvertrages ein Berufsheer mit maximal 30.000 Mann sein durfte, ein verlässliches Instrument des neuen Staates. Dies sollte sich erstmals im Herbst 1921 zeigen, als im Zuge der Landnahme des Burgenlandes Gefechtssituationen zu

bestehen waren. Schritt für Schritt schaffte es das I. Bundesheer, Ausbildung und Ausrüstung so zu verbessern, dass hohe Qualitätsansprüche erfüllt werden konnten und somit ein (kleines) Heer geformt wurde, das allerdings nach dem Willen der Siegermächte des I. Weltkrieges keines sein durfte. Die Autoren stellen die Rahmenentwicklungen und groben Züge in diesem Prozess dar. Eingebettet in diese Bearbeitung ist der Nachdruck des Buches „Österreichs Bundesheer“ aus dem Jahr 1929, welches im Auftrag des Bundesministeriums für Heereswesen herausgegeben wurde. Dieses Buch behandelt sämtliche Aspekte des jungen Ersten Bundesheeres: Gesetzliche Grundlagen, Gliederung und Garnisonen, Traditionspflege, Bewaffnung, Ausrüstung, Schulen und Institute. Beim Lesen stellt sich so mancher „Aha-Effekt“ ein, hervorgerufen

durch unübersehbare Parallelen zum heutigen Bundesheer, wie denn auch das Bundesheer der II. Republik in vielem an seinen unmittelbaren Vorgänger anknüpfte. Unter dem Strich bleibt der Respekt für die damals wie heute erbrachten Leistungen eines unter seinem Wert geschlagenen Heeres, für seine Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, die aus wenig immer viel zu machen verstanden.

Harald Pöcher/Roland Schaffer
Das Österreichische Bundesheer der Ersten Republik zwischen 1920 und 1930. Ein Heer das keines sein durfte.
 Format Din A 5, 254 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert
 Preis: € 20.-
 ISBN 978-3-901185-73-1
 Österreichischer Milizverlag Salzburg 2020

Aus meinem Luftschiffertagebuch. Aufzeichnungen von Franz Hinterstoisser



Franz Hinterstoisser, 1863 in Aigen/Salzburg geboren, entschied sich für eine Laufbahn als Berufsoffizier. 1890 meldete er sich zum ersten militär-aeronautischen Kurs und gehörte 1892/93 dem technischen Militärkomitee an, das den Auftrag erhalten hatte, Grundlagen des Militärluftschifferwesens im Ausland

zu studieren. Neben der Durchführung mehrerer Kurse machte sich Hinterstoisser durch zahlreiche – heute würde man sagen: PR-Aktivitäten – um die Förderung des Verständnisses der Luftfahrt verdient.

Er gilt neben Viktor Silberer als Begründer der militärischen Luftschiffahrt in Österreich. Hinterstoisser war ein genauer und akribischer Arbeiter, der sich wesentlich um die Einführung verbesserter Systeme verdient machte.

Im Zuge seiner Luftschiffertätigkeit kam er auch mit vielen prominenten Persönlichkeiten der damaligen Zeit in Berührung. Sein Tagebuch, das im Original abgedruckt ist, zeigt den erfrischenden, begeisterten Zugang der Luftschiffer beim Beschreiten von Neuland. Das Befahren des „Luft-ozeans“ ist von Pioniergeist

und Wagemut getragen und spiegelt den Zeitgeist mit zahlreichen bahnbrechenden Erfindungen wider.

Franz Hinterstoisser beendete seine Karriere als k.u.k. Oberst und verstarb am 6. März 1933 in Wien. Sein Andenken wahrt u.a. der Fliegerhorst „Hinterstoisser“ in Zeltweg. Sein Nachfahre Dipl.-Ing. Hermann Hinterstoisser hat das im Familienbesitz befindliche Originalbuch Franz Hinterstoissers aus dem Jahr 1904 im Milizverlag Salzburg neu herausgegeben und um allgemeine historische und biographische Notizen ergänzt.

Ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen das Vergessen und zur Traditionspflege der österreichischen Luftstreitkräfte!



Hauptmann Franz Hinterstoisser und dessen Braut Fräulein Josefine Schreiber.
 Nach einer Original-Aufnahme des k. und k. Hof-Photographen A. Huber.

Franz Hinterstoisser
Aus meinem Luftschiffertagebuch. Aufzeichnungen von Franz Hinterstoisser
 Format Din A 5, 116 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert
 Preis: € 14.-
 ISBN 978-3-901185-36-6
 Österreichischer Milizverlag Salzburg 2008



Berichte aus den Kameradschaften



Österreichischer Kameradschaftsbund

70. Geburtstag



Am 6. November beging Rosemarie ("Rosi") Bieringer ihren 70. Geburtstag. Die Jubilarin ist Fahnenpatin der Landesfahne des Salzburger Kameradschaftsbundes, Fahnenmutter

der Historischen Landweherschützen Wals und Fahnenpatin der Kameradschaft Wals und bei zahlreichen Veranstaltungen der Kameradschaften im Land Salzburg und auch österreichweit anzutreffen.

Rosi Bieringer ist die starke Frau hinter dem Präsidenten des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Ludwig Bieringer.

Der Salzburger Kameradschaftsbund bedankt sich bei Rosi Bieringer für ihre stete Unterstützung und Fürsprache für die Anliegen und Aufgaben des Kameradschaftsbundes und wünscht der Jubilarin alles Gute und vor allem Gesundheit!



Salzburg Stadt

Bundesheer

Drei von sieben Meistertiteln gehen nach Salzburg



Vizeleutnant Martin Wimmer im Anschlag mit der Pistole 80.

Von 14. bis 16. Oktober fand am Militärschießplatz „Lavanter Forcha“ die Heeresmeisterschaft im Schießen 2020 statt. Die Heeresmeister wurden in

den Bewerben Schießen mit dem Sturmgewehr 77 im Einzelbewerb, der Pistole 80 sowie im Mannschaftsbewerb ermittelt. Die besten Schützen aus

allen Bundesländern kamen zu dieser Meisterschaft, um sich den begehrten Titel „Heeresmeister 2020“ zu holen.

Den Titel „Heeresmeisterin 2020“ mit der Pistole erkämpfte sich Frau Stabswachtmeister Sylvia Steiner vom Führungsunterstützungsbataillon 2.

Durch ihren zweiten Platz beim Sturmgewehr sicherte sie sich auch den Titel in der Kombination aus Sturmgewehr und Pistole. Der Titel „Heeresmeister 2020“ mit der Pistole ging an Vizeleutnant Martin Wimmer vom Truppenübungsplatz Hochfilzen. Beim Mannschaftsbewerb mit dem Sturmgewehr holte sich die Mannschaft „Salzburg 2“ mit Stabswachtmeister Celal Keles, Roman Wehrberger, Vizeleutnant Alois

Steinwender und Amtsdirektor Johann Windhofer die Bronzemedaille. Die vier Wettkämpfer mussten gemeinsam innerhalb von drei Minuten eine Laufstrecke von 200 Metern bewältigen und zehn Schnellschüsse abgeben.

Betreuer Vizeleutnant Robert Weissgerber: „Ohne ein kontinuierliches Training und konstante überdurchschnittliche Leistung ist es fast unmöglich, ein so hohes Niveau zu halten. Ausschlaggebend ist aber auch das außerordentlich gute und kameradschaftliche Klima der Salzburger.“

Ich bin stolz auf meine Schützen und wir werden uns auch für die nächsten Meisterschaften bestens vorbereiten.“

Kameradschaft Aigen

Gratulation



Kamerad Kröpl bei der Arbeit am Kriegerdenkmal.

Das langjährige Mitglied Ludwig Kröpl feierte am 2.10.2020 seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar ist ein fleißiges Mitglied in der Kameradschaft, er war jahrelang 1. Fähnrich-Stv. und bei jeder Ausrückung und Veranstaltung stets dabei.

Aktuell pflegt er mit Kamerad Erich Lettner das Kriegerdenkmal neben der Pfarrkirche Aigen. Aus gesundheitlichen Gründen musste er sich etwas zurückziehen und ist nur

mehr bei wichtigeren Ausrückungen dabei. Der Jubilar feiert im nächsten Jahr seine 60-jährige Mitgliedschaft in der Kameradschaft. Er arbeitete jahrzehntelang an der Tankstelle neben dem UKH. Mit 60 Jahren konnte er in den wohlverdienten Ruhestand treten. Subkassier Wolfgang Radauer besuchte den Jubilar zu Hause, gratulierte ihm im Namen der Kameradschaft recht herzlich und überreichte ihm einen Wertgutschein.